

Sitzungsvorlage Nr. 2017/0306

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Marl, Stadtratsfraktion, Rathaus Marl

An den
Bürgermeister der
Stadt Marl
Herrn Werner Arndt
Rathaus

Stadtratsfraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MARL

Fraktionsvorsitzender

Michael Sandkühler

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Oliver Kückelmann

Rathaus

45765 Marl

Tel: 02365-99-2668

Marl, 29.08.2017

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Keine Giftmülldeponie in Marl

Sehr geehrter Herr Arndt,
bitte setzen sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates und des Stadtplanungsausschusses:

Keine Giftmülldeponie in Marl

Anlässlich eines Besuchs des ehemaligen NRW-Umweltministers Johannes Remmel in Herten wurde bekannt, dass Bestrebungen laufen in NRW drei zusätzliche Giftmülldeponien einzurichten.

Das Planungsbüro ASTOC hatte zuvor ein Gutachten erstellt, in dem festgestellt wurde, dass der Regierungsbezirk Münster bei Standorten von Giftmülldeponien unterrepräsentiert wäre.

Nachdem der zuständige Regionalverband Ruhr(RVR) mehrere mögliche Deponiestandorte geprüft hatte, entschied man sich neben Deponien in Dorsten und Hünxe auch die Halde Brinkfortsheide in Marl als Giftmülldeponie auszubauen.

Es muss mit allen Mitteln versucht werden, dies zu verhindern.

Wir sind der Meinung, dass das Stadtgebiet schon mehr als genug durch Emissionen, Schwerlastverkehr und Bodenverunreinigungen belastet ist, als dass eine Giftmülldeponie hinzukommen sollte.

Weiterhin stellt der Standort, der sich direkt an die Wohnbebauung in Marl-Hamm anschließt, eine unzumutbare Belastung für die direkten Anwohner dar.

Es kann nicht sein, dass aufgrund der Tatsache, dass in Marl sowieso schon starke Belastungen bestehen, ruhig noch weitere hinzugefügt werden sollen.

Im Übrigen hat der Stadtrat im letzten Jahr beschlossen, die Halde Brinkfortsheide dem RVR als möglichen Projektstandort für die Internationale Gartenausstellung 2027 anzubieten, was dann nicht mehr möglich wäre.

Aus diesem Grund beantragen wir:

1.
Die Verwaltung nimmt mit dem Regionalverband Ruhr (RVR) Kontakt auf und ermittelt, den aktuellen Stand der Giftmülldeponiepläne.
2.
Die Verwaltung nutzt alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, um die Giftmülldeponie zu verhindern.
3.
Die direkten Anwohner sind über die Planungen bereits jetzt schriftlich zu informieren.

Michael Sandkühler
(Fraktionsvorsitzender)